

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Zeitspaltel: ober deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr voranmittags, geßtere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109.

Mittwoch, den 10. Mai 1916.

23. Jahrg.

Eine Stimme des Verzichts.

Die Erfolge der russischen Waffen bei Erzerum und Trapezunt und die Mißerfolge bei den vergeblichen Angriffen in Wolhynien und beim Karocsee scheinen in Rußland da und dort in einflußreichen Kreisen den Gedanken wachgerufen zu haben, ob es nicht besser wäre, das Unmögliche und als unmöglich so gründlich erwiesene nicht weiter zu versuchen und Erfolge dort anzustreben, wo sie sich möglicherweise leichter gewinnen lassen, Erfolge als Schadenersatz. Ein Zeugnis dieser Stimmungen und Gedanken ist ein bemerkenswerter Artikel des angesehensten konservativen Publizisten Rußlands, Menschikows, der nach der Art, die den Russen eigen ist, die taktisch-strategische Frontveränderung, die er vorschlägt, sofort in die tiefstnützigsten historisch-philosophischen Zusammenhänge stellt. Menschikow findet, Rußland habe mit allen seinen Eroberungsversuchen im Westen seit der großen Katharina falsche Wege eingeschlagen; überall bewege sich der geschichtliche Lauf der Kräfte in der Richtung des geringsten Widerstandes, darum breite sich die Macht des deutschen Volkes dank seiner Ueberlegenheit in Europa aus, die des kritischen in Indien, des französischen in Afrika. Die Richtung, die für die Ausbreitung des russischen Volkes gegeben sei, hieße Asien. In Asien habe Rußland unter dem geringsten Widerstand weitestgehende Gebiete unterworfen und auch die siegreiche Gegenwehr Japans habe schnell eine unübersteigbare geographische Grenze gefunden.

Und nun seht er mit den bemerkenswerten Ausführungen fort: „An der europäischen Grenze haben wir trotz eines Bündnisses mit drei Großmächten, die im Rücken der österreichisch-deutschen Linien wirken, nach Osten zurückgehen müssen. Im einundzwanzigsten Kriegesmonat haben wir entlang einer ungeheuren Front eine lebendige schwer zu bewältigende Mauer von Feinden, die uns an Zahl wenig nachgibt, uns aber übertrifft in der militärischen Technik mit gigantischen Geschützen, der Zahl der Maschinengewehre, der Menge an Stacheldraht, Stützajen, Zepplinen, Panzerautomobilen und überhaupt an allem, was unter dem Begriff Maschinen des Krieges zusammenzufassen ist. Von den drei Elementen, die für den Krieg notwendig sind, Mut, starke Hand und schneidendes Schwert, fehlte an der Westfront immer bis zu einem Grade das Schwert, und wenn auch im letzten halben Jahre die allseitigen Bemühungen um Beschaffung von Geschützen und Geschossen bewirkt haben, daß wir in den kommenden Sommer unter erheblich besseren Bedingungen eintreten, als sie im vorigen Herbst vorhanden waren, so können wir doch eine Gleichheit der kulturell-militärischen Potentiale (Kräfte) kaum mit unseren eigenen Kräften allein erreichen. Ohne tätige Hilfe unserer großen Verbündeten, das ist ohne ernsthafte Schwächung der österreichisch-deutschen Streikräfte im Rücken, dürfen wir nicht an eine längere und erfolgreiche Offensive nach Westen denken. Den Ansturm unseres Feindes abzuhalten, ihn zur Räumung des russischen Landes zu zwingen, das ist das Kriegsziel, vor dessen Erreichung von unserer Seite Friedensverhandlungen unmöglich sind. Dieses Ziel des Krieges wurde gleich zu seinem Beginn durch die Worte des Zaren aufgestellt. Außer dem Schutze der nationalen Unabhängigkeit Serbiens hatte unsere Politik keine irgendwie als aggressiv anzusehenden Ziele im Westen. Die Vereinigung Polens und die Rückeroberung des „Roten Rußland“ wurden in den Vordergrund gestellt nicht durch die Politik, sondern durch den Gang der Kriegereignisse Ende 1914 und zu Beginn des Jahres 1915. Außer diesen nunmehr wieder in den Hintergrund getretenen Aufgaben hatte Rußland keine irgendwie deutlich umrissenen Ziele. In Europa waren wir von jeher gezwungen, eine defensiv-politisch und einen Defensivkrieg zu führen, und wir begingen einen Fehler, als wir von dieser Defensiv-abgingen.“

Es wird nicht nötig sein, in ausführlicher Weise die geschichtlichen Entstellungen und Verschiebungen, die sich Menschikow hier zuschulden kommen läßt, klarzulegen. Es genügt ein Hinweis darauf, daß sogar so demokratische Herrschaften wie der Führer der Kadetten Miljukow zu Kriegsbeginn und noch vor einem Jahre Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit ebenso beständigem Eifer aufwießen wie nur irgend ein Reclus und Denis. Die Ziele Rußlands waren also wahrlich aggressiv genug, und niemand vertrat die angreifende und ausgreifende russische Politik heftiger und schärfer als das Organ des Panlawismus, dieselbe „Kowoje Wremja“, auf deren Papier jetzt der Hauptredakteur dieses Blattes und ihr angesehenster Schriftsteller eine Politik und Strategie der Entzagung nach dem Westen hin verkündet. Es braucht uns dabei nicht zu irren, daß er noch immer von der Zurückdrängung der deutschen und der österreichisch-ungarischen Streikräfte vom russischen Boden als von einer unerläßlichen Friedensbedingung spricht. Auch in Rußland gibt es eine Kriegesgenjur, der sich die Schriftsteller zu Füßen haben. Was Menschikow wirklich meint, deutet er genugfam entschieden an, wenn er im weiteren Verlauf seiner Darlegungen den Plan der Katharina, das ethnographische Polen anzugliedern, als fehlerhaft bezeichnet und hinzufügt: „Jetzt hoffen wir, daß die Befestigungslinien, die uns von den Deutschen und Oesterreichern trennen, genügend sind, um

ihren weiteren Ansturm aufzuhalten.“ Das klingt doch eigentlich nicht nach Wiedereroberung.

Des weiteren will nun freilich Menschikow den Eroberungskrieg nach Asien verlegen: „Unseren tapferen Truppen, die jetzt die Hauptstadt des ersten Reiches von Trapezunt genommen haben, fällt die Aufgabe zu, das zu schaffen, was nach dem natürlichen Gang der Dinge vor hundert und hundertundfünfzig Jahren hätte gemacht werden müssen. Aber es darf unseren jetzigen Eroberungen, die so viel Opfermut, Arbeit und Verluste gekostet haben, nicht so gehen wie unseren früheren, da wir zum Beispiel Anapa, die erste Festung am Schwarzen Meere, zweimal genommen und zweimal wieder aufgegeben haben. Um den tausendjährigen Vernunftkern unseres Kampfes in Asien zu verstehen und ihm nicht untreu zu werden, muß Rußland seinen Helden nicht bloß Beifall spenden und Orden, sondern die Hauptsache: Verstärkungen.“ Text und Melodie dieses Liedes sind nicht neu. Jedermal, wenn die europäische Politik Rußlands an eine unüberwindliche Mauer von Hindernissen stößt, treten Propheten auf, die den Panasiatismus verkün-

den als zeitweilige Abwechslung von Panlawismus — gewissermaßen das zweite Eisen der imperialistischen Eroberungspolitik Rußlands. Doch eine solche Abwehr und Umkehr mitten in einem Kriege ist selten genug und die Türken, die eben erst den Engländern den Weg gewiesen haben und ihnen aus einem Traume verhassten, der die Eroberung aller Randländer des Indischen Ozeans dem britischen Imperialismus vorgeaukte, werden nicht versäumen, auch den Russen zu zeigen, daß der Widerstand auf der vorgeblieben „Linie des geringsten Widerstandes“ stark genug ist, um alle Eroberungsgedanken verfliegen zu lassen. Indes ist es weiter nicht verwunderlich, daß die Russen nach so vielen Niederlagen ihre vorderasiatischen Siege übertreiben, Bemerkenswert dagegen bleibt, wie offen ein Menschikow hier von dem Verzicht auf die Offensive gegen den Westen spricht und daß er so sprechen darf. Man soll einzelne Anzeichen nicht zu hoch nehmen. Immerhin bleiben die Ausführungen Menschikows ein bedeutungsvolles Merkmal der in einflußreichen politischen Kreisen Rußlands waltenden Stimmungen und Gedankenwandlungen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Verzweifelte Versuche wurden von den Franzosen unternommen, um die ihnen auf Höhe 304 genommenen Stellungen wieder zu beziehen. Sie scheiterten unter schweren Verlusten für den Gegner. Dagegen gelang es den deutschen Truppen, ihre Position auf Höhe 304 durch die Erstürmung mehrerer französischer Gräben westlich der Höhe zu verbessern.

Nördlich Oende kam es am Montag zu einem kurzen Gefecht zwischen zwei deutschen Torpedobooten und fünf englischen Torpedobootszerstörern, von letzteren wurde einer schwer beschädigt.

Die Russen kündigen eine neue große Offensive an; der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch soll hierbei zeigen, was er kann. Derartigen Ankündigungen kann man ziemlich ruhig gegenüberstehen. Große Aktionen kündigt man nicht mit großem Tamtam an, sondern führt sie ohne vorherige Ankündigung und unter möglichster Geheimhaltung der Pläne durch.

Nach einer Havasmeldung haben die Italiener den dreißig Kilometer nördlich von Solum belegenen Küstenort Bardia besetzt. Zur Erklärung dieser Meldung sei darauf hingewiesen, daß Solum 1911 von türkischem in englischen Besitz überging, dann den Ägyptern zufiel und durch die Annexion Ägyptens im Jahre 1914 wieder an die Engländer kam. Von Dezember 1915 bis März 1916 hielten die Genueser die Küstenstadt besetzt, mußten aber schließlich schließlich englischer Uebermacht weichen. Solum ist schon seit langem das lehrnützigste Ziel Italiens, das von ganz Libyen nur noch einige Küstenorte sein eigen nennt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Italiener durch die Besetzung Bardias hoffen, ihrem Ziel näher zu kommen, wenn es auch sehr unwahrscheinlich sein mag, daß Italien England jetzt derartig provoziert. Hinter den Kulissen spielt sich hier anscheinend etwas ab, was mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden muß.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England hat die unabhängige Arbeiterpartei auf den Plan gerufen und sie zur Vernunft gebracht. In mehreren Versammlungen wurden Anträge angenommen, in denen man die Regierung auffordert, ein fester umschriebenes Kriegsziel anzugeben, als leere Redensarten über die Vernichtung des preussischen Militarismus, der, wie ein Redner sagte, bewiesen habe, daß er nicht zu vernichten sei. Jeden Tag, den der Krieg länger dauere, verschlimmere die Lage der Arbeiter, die, wie er auch immer ausgehen möge, nie Vorteile davon haben würden. Nur die Ueberzeugung, daß später die allgemeine Abrüstung eintreten werde, habe die Arbeiter veranlaßt, einen Ruhen in dem Krieg zu sehen; aber diese Hoffnung sei auch für England nach dem Uebergang zur Militärdienstpflicht ausgeschlossen. Gegen die Dienstpflicht selbst beharrt eine Anzahl Arbeiter in entschiedenster Opposition, weil sie fürchten, daß der Dienstzwang auch für die Industrie kommt. Daß diese Furcht nicht unbegründet ist, beweisen Zuschriften an die Blätter, in denen gestragt wird, weshalb man die Munitionsarbeiter in England mit so viel Pfund wöchentlich bezahlt, wie die Soldaten an der Front Schillinge bekommen.

Kenter übermitteln aus Washington einen Auszug der Antwortnote Amerikas an Deutschland. Da man nicht nachkontrollieren kann, inwiefern Kenter richtig berichtet, ist es am raschesten, erst den Eingang des genauen Wortlauts der amerikanischen Note abzuwarten.

Am 21. April veröffentlichte „Clarton“ einen Aufsatz von E. Nesbit, der an Deutschenhaft seinesgleichen sucht. Nesbit ist ein Pseudonym für Frau Hubert Bland, sie ist eine sozialistische Diätlerin und Schriftstellerin. Ihr Mann, der vor zwei Jahren starb, war Mitbegründer der Fabier-

Gesellschaft. Ihr Schwiegerjohn ist leitender Redakteur des New Statesman. Ihr Aufsatz trägt die Ueberschrift: Die Ohnmacht des englischen Volkes. Sie klagt über die Tyrannie der englischen Regierung und über die hoffnungslose Willensschwäche des englischen Volkes. Und worin besteht die Tyrannie der Regierung und die Ohnmacht des Volkes? Die Tyrannie besteht — nach ihrer Ansicht — darin, daß die Regierung Frieden mit Deutschland machen könnte, ohne dem Volke vorher die Bedingungen mitgeteilt zu haben. Sie schreibt dann weiter: „Können wir sogar jetzt bei der Regierung durchsehen, daß sie die Ausländer interniert? Können wir unsere Blockade undurchdringlich machen? Können wir den Willen Englands durchsehen, daß man die deutschen Gefangenen als Geiseln und nicht als Gäste behandelt, daß man die deutschen Offiziere zur harten Arbeit zwingt, daß man ihnen dieselbe Nahrung gibt, wie Engländern in unseren Gefängnissen? Engländer, die ein Armband gestohlen oder einen Scheck gefälscht haben, werden härter behandelt als die Deutschen, die Frauen foltern und Kinder töten. Aber wir sind ohnmächtig, etwas dagegen zu tun! Und diese Ohnmacht ist um so schrecklicher, als die Ueberzeugung wächst, daß unter den Leuten, die uns beherrschen, ein Gefühl der Zärtlichkeit für Deutschland und für deutsche Dinge vorhanden ist. Diese Ueberzeugung ist aus tausend garten und dünnen Fäden von Beweisen geflochten, die, einzeln genommen, kaum greifbar sind, aber das Gewebe ist da und wir empfinden es. Wir können der Ueberzeugung nicht widerstehen, daß diejenigen, die über uns herrschen, Deutschland nicht so hassen, wie wir Engländer es hassen. . . . Wenn der Krieg vorüber ist, wird man von uns verlangen, die Vergangenheit zu vergessen . . . und wieder in geschäftliche Beziehungen zu treten, deutsche Warenartikel zu gebrauchen, den Deutschen den Aufenthalt in England zu gestatten, um bei uns zu handeln, zu spekulieren, zu lügen und zu pionieren. Und wir Engländer werden nicht imstande sein, etwas dagegen zu unternehmen. Doch — hört man zur Antwort — es gibt doch etwas, was wir tun können. Wir können zwar die Fahne der Rebellion, um die sich Tausende zu scharen pflegen, jetzt nicht mehr erheben; wir können uns nicht in Massen vereinigen gegen unsere Herrscher. Aber wenn man von uns verlangt, jenen in die Augen zu sehen, die auf Folterungen geblickt haben — mit Vergnügen darauf geblickt haben — oder die Hände zu berühren, die von unschuldigem Blut trieben, so können wir doch in unsere Herzenstammern, wo die Altäre unserer Seelen sich befinden, ein Gebühde ablegen: Wenn der Krieg vorüber ist und die Deutschen, die noch unsere Luft verpesten, nicht nach ihrem niederträchtigen Land, das sie groß zog, abgehoben werden, oder wenn andere Deutsche es wagen sollten, ihren Fuß auf das Land zu setzen, für das unsere Väter und unsere Söhne gekämpft und geblutet haben, so werden wir das Gebühde halten, das wir jetzt ablegen: Wir können jeden von uns mit eigenen Händen einen Deutschen töten für unsere eigene Ehre und für die Ehre Englands.“

Derartige Hezereien werden leider in dem sozialistischen Kreise um Blatford mit Hochdruck betrieben. Ercenlicherweise ist der Einfluß dieser sozialistischen Gruppe unbedeutend.

Gegen Frankreich und Belgien.

Französischer Generalstabsbericht vom Montag nachmittags: Auf dem linken Maas-Ufer dauern die Kämpfe im Laufe der Nacht erbittert an. In der Gegend der Höhe 304 brachen sich die wütenden Versuche

Geschädigten, die in andere Bundesstaaten überführt wurden und dort Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, muß der Ersatz ihres Schadens gesichert werden. ...

Ueber Einzelheiten im Entwurf, eine bessere und schärfere Fassung des Begriffes „Kriegsrisiko“ ...

Abg. Siehr (Rp.) bedauert, daß die Feststellung der Schäden an Leib und Leben vorläufig noch ausgeschlossen bleiben soll.

Abg. Dr. Thoma (N.): Wir begrüßen die Vorlage, die freilich die Hauptmasse aller Kriegsrisiken noch gar nicht berührt.

Abg. Kretz (A.) verlangt, daß bei der Festsetzung der Grundsätze der Entschädigung seitens des Reiches auch der Umfang festgelegt werde, in welchem das Reich den Ersatz für die Schäden übernehmen will.

Abg. Camp (Deutsche Fraktion) drückt seine Freude über die einmütige Zustimmung des Hauses zu der Vorlage aus.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag.

hat am Dienstag seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen. An erster Stelle der Tagesordnung standen die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aussetzung des gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingeleiteten Verfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode und auf Entlassung dieses Abgeordneten aus der Haft.

Darauf begann die erste Lesung des Gesetzentwurfs über das Verfahren bei Feststellung von Kriegsschäden. Es sprachen dazu die Redner aller Fraktionen bis auf die Polen und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Die Weiterberatung vertagte der Reichstag auf Mittwoch nachmittag, außerdem stehen Rechnungsachen und die Novelle zum Vereinsgesetz auf der Tagesordnung.

Mehr Arbeiterschutz in der Schwerindustrie.

Mit Beginn des Krieges sind die Arbeiterschutzbestimmungen in der Schwerindustrie zum erheblichen Teil aufgehoben worden. Das hat zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt, denn es werden jetzt Frauen und Jugendliche zu Arbeiten verwendet, zu denen sie früher nicht verwendet werden durften.

- 1. Die aufgehobenen Schutzbestimmungen für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schwerindustrie wieder in Kraft treten zu lassen;
2. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwerindustrie mit Arbeiten, die die Kräfte dieser Arbeiter übersteigen und sich besonders für weibliche Arbeiter nicht eignen, zu unterlagen;
3. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwerindustrie überhaupt nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sitlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind;
4. daß zur Befreiung von Differenzen und Lohnstreitigkeiten für die einzelnen Industriebezirke Kriegsausschüsse oder Schiedskommissionen errichtet werden, wie solche bereits für Berlin und das Königreich Sachsen bestehen.

Gegen den Sparzwang.

Die Verfügung einiger kommandierender Generäle, wonach an Jugendliche nur noch ein Teil des von ihnen verdienten Lohnes ausbezahlt werden darf, während der Rest einer Sparrasse überwiesen werden muß, hat sich also so wenig angebracht erwiesen, daß die Befreiung dieser rechtlich überhaupt nicht zu begründenden Maßnahme unbedingt nötig erscheint.

Oesterreich-Ungarn.

Eine „Enthüllung“. In Oesterreich ist es mit dem Burgfrieden nicht allzuweit her, zünat den Parteien der gemeinsamen Boden eines Parlaments fehlt. So kommt es, daß die deutschnationalen Presse, die sogenannte Schriftleiterpresse gegen die Sozialdemokratie, wie sie sich eben zu führen gewohnt ist, wieder auftritt. Sie hat jetzt eine „Enthüllung“ veröffentlicht, wonach vor einigen Jahren eine Anzahl junger österreichischer und deutscher Sozialdemokraten in England gewiesen wären, um nachher in Oesterreich und Deutschland ...

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 10. Mai.

Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner heutigen Sitzung einen Senatsantrag auf Verkauf eines 382 Quadratmeter großen Grundstückes an der Roienpforte an den Kaufmann Ernst Baie für 25 Mark pro Quadratmeter; Bewilligung von 2500 Mark für Freilegung des Weges vor dem Hofhofenwert und der Ueberlandzentrale in Herrenwieck; Urealaustausch an der Straße Roienpforte mit der Rordischen Kunstankalt. ...

Für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges beantragt der Senat die Bereitstellung von weiteren 1 000 000 Mark; bisher sind 2 000 000 Mark für diese Zwecke bewilligt. Die Bedingung dieser 3 000 000 Mark soll durch eine später mit verändelter Tilgung aufzunehmende Kriegsleihe erfolgen. ...

3 Millionen Mark für die Unterstüzung von Familien in den Seereservanten eingetretener Mannschaften werden vom Senat in einem Antrage gefordert. Für diese Zwecke sind bereits 2 250 000 Mark bewilligt worden. ...

31. Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine. Im Hamburger Gewerkschaftshaus trafen am Sonntag, dem 7. Mai, 250 Delegierte aus 55 Konsumvereinen und Produktionsgenossenschaften zum 31. ordentlichen Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine zusammen. ...

Der Geschäftsbericht, den Verbandsssekretär Fietz erstattet, läßt eine günstige Entwicklung des Verbandes erkennen. Der Gesamtumsatz von 161 Konsumvereinen und fünf Produktionsgenossenschaften, die berichtet haben, stieg gegen das Vorjahr von 92 608 467 Mk. auf 105 357 172 Mk. im Jahre 1915. ...

Genosse A. von Elm machte einige Mitteilungen über die Volksfürsorge, aus denen hervorgeht, daß der Stand des Unternehmens wider Erwarten günstig ist. ...

Genosse A. von Elm machte einige Mitteilungen über die Volksfürsorge, aus denen hervorgeht, daß der Stand des Unternehmens wider Erwarten günstig ist. ...

Genosse A. von Elm machte einige Mitteilungen über die Volksfürsorge, aus denen hervorgeht, daß der Stand des Unternehmens wider Erwarten günstig ist. ...

Zu der Bekanntmachung betreffend Beschaffung von ... (Spinne) und ... (Wolle) ...

Verordnung betr. den Verkehr im Lübecker Hafen. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit bestimme ich für den Verkehr im Lübecker Hafen: 1. Das Betreten der zum Lagern, Böchen und ...

Evangel. Man schreibt uns: Dank uneigennützigem Entgegenkommen bei Anfuhr und Verkauf, ist es dem Hausfrauenverein ermöglicht, in den 7 Verkaufsstellen der Fleischkonzerfabrik des Herrn Aua. Schwere und in der Niederlage der ...

Gedanken über Leben und Tod produzierte am Dienstag ein Herr Kellmeier aus Hamburg im Rarmoraal. In der langen Kueszeit haben ja schon so mancher versucht, in eigenartiger Weise nach ihrer Meinung vorzudringen auf den Volksgenossen zu wirken. ...

Bewertung der Früchte des Weißdorns. Vom Ausschuß für Kriegshilfe wird uns geschrieben: Es kommt in Frage, in diesem Jahre die Früchte des Weißdorns (Mespilus Crataegus oxycantha) für bestimmte Zwecke der Volksernährung zu verwenden. ...

Seefahrt mit Vermundeten. Uns wird geschrieben: Von den Vermundeten, welche seit dem vorigen Sommer in hiesigen Lazaretten weilen, ist die Leitung des Vereins zur Hebung des Fremden-Verkehrs wiederholt gebeten, doch für eine Wiederholung der herrlich gelungenen Seefahrt im August mit dem Dampfer „Phönix“ Sorge zu tragen. ...

Schwärmer. Die Sprachhunde des Arbeitersekretariats findet morgen - Donnerstag - abends von 5-7 Uhr im Lokale des Herrn Hilbrecht, „Gasthof ...“ statt.

Hamburg. Durch eine Mine getötet. Der Schiffsbauer Friedrich Gartner befand sich auf dem Oberländer Kahn 67, wo Steine geladert wurden. Er wurde von einer Mine im Gewicht von 400 Pfund derartig getroffen, daß er sofort tot war.

Flensburg. Ein recht unangenehmes Versehen. Das Landgericht Flensburg hat am 30. November den Hofbesitzer Hans Lund wegen Vergehens gegen das Belagerungsgebot zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Erst hinterher hat das Gericht gemerkt, daß es den Angeklagten hätte freisprechen müssen und dessen Verurteilung nur aus Versehen erfolgt ist. Deshalb hätte die Staatsanwaltschaft zugunsten des Angeklagten Revision eingelegt, woraufhin das Reichsgericht am Montag, dem 6. Mai, das Urteil aufhob und den Angeklagten freisprach.

Verwundete Feinde auf neutralem Boden.

Im Berner „Bund“ vom 2. d. M. findet sich eine interessante Schilderung der Ankunft der beiden ersten Züge mit kriegsgefangenen Kurzfängen, die in der Nacht zum 1. und 2. Mai aus den Konzentrationsorten Lyon und Konstantin in Bern eintrafen. Nach einer Schilderung der Infassen des zuerst eingetroffenen Franzosenzuges heißt es in dem Bericht weiter: „Um 2 Uhr 30, Punkt, rückt neben dem dritten Perron den deutschen Zug in die Halle, dem zur Abfahrt bereitstehenden Franzosenzug unmittelbar gegenüber. Endloses Winken und Grüßen zwischen den „Feinden“. Wir sind über diese Begegnung weit mehr erstaunt als die Gäste selbst, die sich in den letzten beiden Jahren an manches gewöhnten hatten. Eines aber bereitet ihnen trotzdem die freudigste Überraschung: der herzliche Empfang. Die durchweg jugendlich gekleideten Deutschen machen einen vorzüglichen Eindruck. Blonde Leute, stille aber ruhige Gesichter. Schnell erkennt man, was man zu verächtlichen hat, und gleich ist auch schon irgendwo ein Gespräch angeknüpft. Ich komme vom ersten Wagen gar nicht los. Die Soldaten des Abteils, fast ausschließlich Studenten, fragen in gutem Französisch, wie die Station denn eigentlich heiße, und sind ebenso erstaunt wie erfreut, als die Antwort auf deutsch „Bern“ lautet. Wir sind schon seit letzten Dienstag auf der Reise, wo wir in Nordfrankreich abfahren. Da lernt man resignieren. Es war ein langes Saugen, seit wir vor anderthalb Monaten von der schweizerischen Versteckkommission befreit wurden. Aber nun ist ja alles gut.“ Ich frage nach dem Empfang in Genéve. „Ah, das war unter schönster Tag seit beinahe zwei Jahren. Die Leute waren so herzlich, sie haben uns mit Freundlichkeit und Güte überhäufet.“ Das Urteil ist überall dasselbe. Eifrig erkundigen sich alle nach dem Bestimmungsort: hier ist es Meesen. Gleichige Lage, Ruhe, Sonne, gute Leute!“ lautet die Auskunft. Man ist befriedigt: „Das ist wirklich alles, was wir wünschen können. Leben, ruhen! Schicken Sie uns doch bitte Zeitungen: bis heute morgen wußten wir nichts mehr von der Welt Lauf.“ Eifrig wird nach der Kriegslage gefragt.

Inzwischen hat sich zwischen den „Feinden“ ein heiteres, in französischer Sprache geführtes Wortgefecht angeknüpft. Die deutschen Studenten begannen. „Seid ihr gut gereist?“ „Danke, vorzüglich.“ „Wann seid ihr abgefahren, wie lange habt ihr in Konstantin gewartet?“ „Seid ihr nun zufrieden?“ „Oh, sehr, sehr.“ „Wart ihr auch von der Behandlung in Deutschland befriedigt?“ „Meistens, danke; mais la pain (aber das Brot)“. „Eures ist nicht viel besser, aber jetzt bekommen wir ja Schweizerbrot!“ „Oui, c'est bien (ja, das ist gut)“. „Wohin kommt ihr?“ „Und ihr?“ „Das geht so friedlich herüber und hinüber. Ah und ja muß ein Scherz, und die Wagen füllt brauendes Gelächter. Um Perron freiten sie sich wenig. Die Franzosen behaupten, die deutschen Staaten wären im Rückzuge. Die Deutschen antworten: „Im Gegenteil!“ „Wann werden wir Frieden haben?“ rufen die Deutschen. „Heut schon, wenn ihr wollt!“ lautet die Antwort.

Die 10 Minuten Anwartszeit für die Deutschen sind abgelaufen. Wir drücken wieder viele Hände, während sich der Zug mit seinen 100 Waggons in Bewegung setzt. Im Vorübergehen bemerkten wir einen Wagen mit geschlossenen Fenstern, hinter denen Offiziere in die Letztüre schweizerischer Zeitungen vertieft sind. Dann verschwanden der Zug. In Zürich und Olten soll er nach den verschiedenen Bestimmungsorten getrennt werden. Heutige Minuten später schied sich der Franzosenzug in entgegengesetzter Richtung langsam zur Halle hinaus. Wir haben genug gesehen.

In Bern wird hierzu noch geschrieben: Ueber die Begegnung von kriegsgefangenen deutschen und französischen Gefangenen auf dem hiesigen Bahnhof hat der Berner Vertreter des „Temps“ nach Paris geschrieben. Während des Aufzuges vertriehen die Deutschen eine Beschreibung mit den Franzosen, aber ihre zahlreicheren Jargon „Kamerad, Kamerad“ blieben ohne irgendeinen Widerhall. Das schreibt der „Temps“. Der Berner Vertreter des „Temps“ war offenbar nicht an Ort und Stelle, als die Deutschen und die Franzosen auf dem Berner Bahnhof heftig miteinander verkehrten und sich in ihre kriegsgefangenen Gefangenen unterhielten, wie in unserem Bericht zu lesen war. Oder dürfte man solche menschenliche Erörterungen in Paris, im Herzen der Republik, nicht wissen? Denn wäre Schweigen ihnen gewohnt, als die Zeitungen auf dem Kopf zu stellen.

Im § 4 der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme der deutschen Schaffschur vom 17. 9. 15 ist die Firma H. Katz Sohn, Kassel, zu streichen. Den übrigen dort genannten Vollwollschaffereien ist vom 1. April 1916 ab eine Erhöhung des Wollpreises um 7 1/2 Pfg. zugebilligt worden.

Näheres kann bei den Polizeibehörden erfragt werden.
Mittwoch, den 4. Mai 1916.
Stabschef. Generalkommando IX. Armeekorps.
v. Roehl,
General der Artillerie. (224)

Im Auftrag Nr. 90 II 5700/4. 16 K. R. A. zu der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme kriegswollener Spinnstoffe und Garne vom 1. 4. 16 tritt heute in Kraft und wird in den amtlichen Zeitungen und bei den Polizeibehörden veröffentlicht.
Mittwoch, den 10. Mai 1916.
Stabschef. Generalkommando IX. Armeekorps.
v. Roehl,
General der Artillerie. (225)

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.
Geschäftsstelle: (224) Fischmarktstraße 18, Zimmer 6.
C. Thomann, Geschäftsführer, Fischmarktstraße 18, Zimmer 6.

Glasarbeiten aller Art.
C. Thomann, Geschäftsführer, Fischmarktstraße 18, Zimmer 6.

Aus der Partei.

Eine wohlangebrachte Warnung. Die „Münchener Post“ schreibt: In die im Felde stehenden und an Privatsachen werden mitunter anonyme Broschüren verstreut, wie: Sozialistische Jugendschriften, Imperialistischer Sozialismus oder Protektarischer Klassenkampf, Lese Blätter usw. In den nach verschiedenen Richtungen nicht unbedeutlichen Kapiteln dieser Broschüren wird zum Teil mit direkt unwahren Behauptungen operiert. So zum Beispiel im Kampfe gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion. Als eine grobe Ungehörigkeit muß es nun bezeichnet werden, daß auf den Sendungen ins Feld als Absender i. d. R. Adressen von Personen angegeben werden (sogar von Kriegsverweigerern), die von dem Inhalt der Broschüren sowie von der Sendung keine Ahnung haben. Die Verbreiter suchen also ihr Treiben mit dem Namen anderer zu decken und bringen damit unter Umständen gänzlich Unbeteiligte in eine schlimme Lage. Das ist eine verwerfliche und gemeine Handlungsweise.

Friedensgrundzüge französischer Sozialisten. Der Kongreß der sozialistischen Arbeiter der Seine-Region hat am 1. Mai der „Croi“ vom 3. 5. zufolge folgende Resolution aufgestellt: Wir halten unerschütterlich an der „proletarischen Internationalen“ fest. Trotz des Krieges lassen wir unsere Hoffnungen auf die Brüderlichkeit der Menschen und die soziale Umwälzung nicht fallen. (Journaliere.) Damit dieser Krieg der letzte ist, muß er zu folgendem führen: 1. Zur Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit der Völker; 2. zur Unterdrückung aller Geheimdiplomatie; 3. zur Begrenzung der Rüstungen als Vorbereitung für die allgemeine Abrüstung; 4. zur Annahme eines obligatorischen Schiedsgerichts bei Streitigkeiten zwischen den Nationen. Das internationale Sekretariat muß seinen Sitz in einem neutralen Lande haben. (N. d. A.)

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Vertreter deutscher Staatsarbeitervereine tagte kürzlich in Berlin. Alle Organisationen in Post- und Eisenbahnbetrieb waren beteiligt, auch Zentrumsabgeordnete und Fortschrittler. Der Wunsch nach Gleichstellung in Koalitionsrechtsfragen wurde bei allen Rednern laut und wurde in einer Resolution festgelegt. Sie erwarten, daß das Vereinsgesetz auch in vollem Umfange auf die Vereine der staatlichen Beamten und Arbeiter Anwendung findet, soweit nicht andere rechtsgesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen. Eine weitere Resolution beschäftigt sich mit der Forderung und erklärt die bisherigen Beschlüsse nicht im entferntesten für ausreichend, um das Mindestmaß an Ernährung sicherzustellen, dessen sie selbst bei der augenblicklichen Kräfteanpannung, dessen auch ihre Familienangehörigen bedürfen. Die Vertreter der Verbände erachten daher einmütig eine Erhöhung der Lebensmittelpreise für ein dringendes Bedürfnis. Auch der Ausbau der Sozialversicherung wurde empfohlen.

Eisenbahner-Aussiedler in Spanien. Nach einer Meldung aus Valladolid wurde in einer Versammlung der Bahnangestellten der Nordbahnen ein friedlicher Generalstreik beschlossen. Die Eisenbahner ganz Spaniens billigten den Beschluß. Die Regierung traf Vorkehrungen, Unruhen zu verhindern und den Verkehr aufrecht zu erhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine unerhörte Nahrungsmittelfälschung kam in einer Verhandlung gegen den Korbhändler Christian Camps vor der Strafkammer in Düsseldorf zur Erörterung. Die Firma Farnsch & Marks in Nürnberg hatte Ende 1914 für die Herzeresverwaltung die Lieferung eines großen Postens Kakaopulver übernommen und davon 15 000 Kilo bei dem Kaufmann Straß in Amsterdam bestellt. Die Lieferung kam in Fässern per Schiff auf dem Rhein bis nach Düsseldorf und wurde dort angehalten. Die inzwischen auf Veranlassung der Herzeresverwaltung vorgenommenen chemische Untersuchungen der Kakaopulver hatte nämlich ergeben, daß es sich um höchst minderwertiges Zeug handelte. Das „Kakaopulver“ bestand in der Hauptmasse aus gemahlener Kakaoshalen, vermischt mit Sand. Die Annahme wurde verworfen und in Düsseldorf freihändig verkauft. Den Käufer gegenüber wurde jede Garantie über die Qualität der Ware abgelehnt. Camps konnte davon fünfzig Tausend Freie von 6000 Mk. Kauf der Kaution erlösen die Nahrungsmittelbehörde, um Proben zu entnehmen. Sie kam jedoch reichlich spät, denn der größte Teil der 15 000 Kilo war schon von den Käufern abgeholt worden. Die Untersuchung der Fässer ergab, daß sie meist mit Kakaoshalen, Sand und — Bierdreck gefüllt waren. Bei Camps wurden noch 25 Fässer gefunden und beschlagnahmt. Er erhielt eine Anklage wegen Fälschens gefälschter Nahrungsmittel, wurde aber vom Staatsanwalt mangels genügender Beweise freigesprochen. Die Strafkammer verurteilte C. zu 50 Mk. Geldstrafe und beschloß die Einziehung der 25 Tausend „Kakaopulver“. Bekam die übrigen Mengen der 15 000 Kilo „Kakaopulver“ genommen sind, sich sich nicht mehr feststellen; sie

werden ihren Weg über den Zwischenhandel zu den betrogenen Konsumenten gefunden haben. Mit solch lächerlich geringen Strafen vertreibt man keine Lebensmittelwucherer.

Neueste Nachrichten. Die Kriegslage.

Westliches Hauptquartier, 10. Mai. (Amtlich.) Westlicher Kriegsjahnaplaß. In den Argonnen versuchte der Feind im Anschluß an eine Sprengung in unsere Gräben einzudringen. Er wurde zurückgeschlagen.

Südwestlich der Höhe 304 wurden feindliche Vortruppen weiter zurückgedrängt und Feldwachen aufgehoben. Unsere neue Stellung auf der Höhe wurde weiter ausgebaut. Unsere Flieger besetzten die Fabrikanlagen von Domajale und Pau-L'Etape ausgiebig mit Bomben.

Ostlicher Kriegsjahnaplaß. Südlich von Garbanowka (westlich von Dinaburg) wurde ein russischer Vorstoß auf schmaler Frontbreite unter schweren Verlusten für den Gegner abgewiesen.

Balkan-Kriegsjahnaplaß. Keine besonderen Ereignisse. Oberste Seeresleitung.

Berlin, 10. Mai. Das „Berl. Tagebl.“ meldet: Im Reichstag fanden Montagabend zwischen den Parteiführern vertrauliche Besprechungen über die Gestaltung der Steuer vorlagen statt. Man suchte eine Grundlage, auf der sich die Forderungen der einzelnen Parteien sowohl gegenüber den in Frage kommenden direkten wie indirekten Steuern überwinden und ihre Wünsche sich vereinigen lassen. Ueber den Inhalt der vertraulichen Besprechungen läßt sich naturgemäß nichts mitteilen. Sie sind auch noch nicht abgeschlossen. Indessen scheint es nicht unmöglich, daß noch vor der demnächst beginnenden 2. Sitzung im Ausmaß ein Kompromiß zustandekommt. Das Gerücht, daß ein solcher Kompromiß in der Frage der Tabaksteuer bereits gefunden sei, trifft nicht zu.

Sofia, 10. Mai. Der griechische Kriegsminister hat nach einer Athener Meldung der „Marodni Prava“ eine Verordnung erlassen, durch die die teilweise Demobilisation der griechischen Armee außer Kraft gesetzt wird. Die bereits beurlaubten Offiziere und Mannschaften sind wieder zu den Jahrgängen einberufen worden.

Literarisches.

Die Glocke, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Barvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene neueste Heft des zweiten Jahrganges dieser nun als Wochenchrift herausgegebenen aktuellen Zeitschrift enthält folgende Artikel: Max Cohen: Deutschland und Amerika. Wilhelm Reil: Randbemerkungen zu den Steuerkämpfen. C. Döring: Deutsch-englische Konkurrenz und russischer Markt. Ludwig Queißel: zehn Jahre britische Geheimdiplomatie (2. Teil). Dr. Arthur Neisser: Die freien Volkshäuser und der Krieg. Franz Diederich: Frühlingsfrühlings. Glossen: Reuter. Parlamentarische Redefreiheit. Die Woche. Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 20 Pfg. Vierteljährlich 2,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Liste Nr. 10 des Vermissten-Nachweises.
Preussische Verlustliste Nr. 525.
Marine-Verlustliste Nr. 73.
Bayerische Verlustliste Nr. 265.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Schwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

!! Stadtbekannt !!
siehe in für gebrauchte
Säcke
die höchsten Tagespreise.
Dauerhaft jahre für (2236)

Johannes Ollmann
im sechsten 37. Lebensjahre am 31. April durch Verkehr mit ... getötet ist, hat betrunken und schmerzhaft vernarrt von mir, meiner Tochter und allen, die ihm nahe standen. (2227)

Emma Ollmann geb. Timm
Hans Timm u. Frau
Willy Kruse u. Frau geb. Timm
Ernst Timm u. Brant.
Wagnerstraße 11. I.

Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Verkauf von Spargel.
hoffenstr. 19, Breite Str. 60a,
Mühlent. 20, Hürtstraße 22,
Warendorffstr. 21, Perceval-
straße 22, Watenstraße 23,
Kronsforder Allee 25.
Der Hausfrauenverein f. Lübeck
und Umgegend. (2231)

Der deutsche Arbeiter
und sein Vaterland.
Von Konrad Haenisch
(Mitglied des Preussischen
Abgeordnetenhauses.)
Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.
Täglich frischer, sauber gepufter
biesiger Spargel
garantiert sort. Ia. & 55 4 5
Ila. & 48 4 Ma. & 20 4 5
Alles andere Gemüse billigst.
Neuester junger Spinat & 15 4
Junge Habichtsk. & 5 4
Frog. & Habarber & 4 4
Preisstr. 26.
Nürnberg 140.

England und die
Sperrung der See
Preis 20 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Gildetag
der Schweineversicherung
zu Niendorf i. Lüb.
am Sonntag, d. 14. Mai 1916
nachmittags 2 Uhr
im Lokale des Herrn Neckel.
Der Vorstand.

Sozialdemokratische Frauen
Versammlung
am Donnerstag, 11. Mai 1916
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Vortrag vom Arbeitersekretär
Mehrlain.
2. Besprechung der Auszüge.
3. Verschiedenes.
Für recht zahlreichem Besuch
bitter
Die Vertrauensperson.

Familienbeihilfen, Frauenarbeit und Sparzwang

wurden in der Budgetkommission des Reichstages verhandelt.

Abg. Hoch (Soz.) fordert, daß die Arbeiterchutzbestimmungen nicht eingeschränkt werden. Die Gewerbeinspektoren sollen nach wie vor die Aufsicht ausüben. Die Militärbehörden greifen in Gebiete ein, für die ihnen die erforderliche Sachkunde fehlt. Zu diesen Eingriffen gehört der Sparzwang. So einfach kann man derart komplizierte Fragen nicht lösen. Es muß festgestellt werden, ob und wie weit das Reichsamt des Innern beteiligt war. Die von der Regierung erlassene Verordnung über die Erhaltung der Anwartschaft zu der Arbeiterversicherung genügt den Bedürfnissen nicht. — Unterstaatssekretär Richter versichert, daß der größte Wert auf die Durchführung der Arbeiterchutzbestimmungen gelegt wird. Die Aufsichtsbeamten sind verpflichtet, so viel Revisionen als möglich vorzunehmen. Die Schutzbestimmungen für Jugendliche und Frauen sind in der Schwerindustrie nicht generell aufgehoben, sondern nur in Ausnahmefällen ist die zeitweilige Suspendierung zugelassen. Frauen dürfen unter keiner Umständen länger als acht Stunden beschäftigt werden. In dem Spar-Erlaß war das Reichsamt des Innern nicht beteiligt. In gewissen Fällen kann dieser Sparzwang recht heilsam sein. Den Wünschen des Abg. Hoch, betr. die Anwartschaft auf die Leistungen der Krankenkassen, stimmt das Reichsamt zu. — Abg. Erzberger (Ztr.) tritt dafür ein, in den Munitionsfabriken wenigstens wieder die Sonntagsruhe einzuführen. Die Bestimmungen über die Familienunterstützungen werden viel zu eng ausgelegt. — Direktor Lewald bemerkt auf eine Anfrage, daß er den Beschluß der Wohnungskommission, Hypotheken bis zwei Jahre nach dem Kriege unkündbar zu machen, für völlig verfehlt halte. — Abg. Giesberts (Ztr.) verlangt die Zusammenstellung der Erfahrungen, die man mit der Verwendung von Frauen in der Kriegsindustrie gemacht hat. Nachteilige Wirkungen auf die Gesundheit der Frauen stehen zweifellos fest. Aus einer Reihe von Betrieben müssen die Frauen sofort nach dem Kriege entfernt werden.

Abg. Bauer (Soz.): Richtig ist, daß die Arbeiterchutzbestimmungen nicht generell durch Verordnung der Reichsregierung außer Kraft gesetzt sind. Wohl aber ist das in zahlreichen Einzelfällen durch die Verwaltungsbehörden geschehen. Nachdem die Arbeiterinnen und jugendlichen Personen jetzt 21 Kriegsmo-nate hindurch mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet haben, ist es höchste Zeit, die Schutzbestimmungen wieder in Kraft treten zu lassen. Vor allen Dingen muß allgemein die Sonntagsruhe wieder durchgeführt werden, wenn die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht immer mehr zurückgehen und die Volksgesundheit nicht aufs schwerste geschädigt werden soll. Nicht nur in der Schwerindustrie bestehen bedenkliche Zustände, auch in der heimischen Industrie wird Raubbau getrieben mit der menschlichen Arbeitskraft.

Die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer muß erhöht werden. Lebensmittel und Bedarfsartikel haben eine ungeheure Preiserhöhung aufzuweisen. Die Not ist in vielen Bezirken groß. Besonders schärfst geht es in den Bezirken mit Haus-industrie. Die Frauen können nicht abwandern, in der Heimat aber findet sich keine Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit. Hier muß in erster Linie eingegriffen und die Unterstützung erhöht werden. Die beste Hilfe wäre die Lieferung von Lebensmitteln. Unser Antrag verlangt, daß die Lieferungsverbände und Gemein-den nach Lage der Verhältnisse Bedarfsfälle festlegen, die so be-messen sind, daß den Kriegsfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Teuerung die zur Ernährung, Bekleidung und Woh-nung erforderliche Unterstützung zuteil wird. Erst wenn nach diesen Grundföhen verfahren wird, werden die Kriegsfamilien ein-germaßen vor der äußersten Not geschützt sein.

Ich bitte die Regierung, auf die Lieferungsverbände dahin einzuwirken, daß die Unterstützung nirgends herabgesetzt, sondern erhöht wird.

Im höchsten Maße unsozial ist das Verhalten derjenigen Gemein-debehörden, die rückständigen Steuern von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Daß die Reichsregierung ein solches Ver-halten nicht billigt, sei bekannt. Das genüge aber nicht. Es müßte angeordnet werden, daß die Unterstützungsbezüge unpän-dbar seien. Trotz der klaren Anweisungen, die von der Regierung ergangen sind, gibt es noch immer Lieferungsverbände, die pri-vate Zuwendungen Dritter bei Gewährung der Unterstützung in Abzug bringen. Ein besonders trauriger Fall habe sich in Budeburg ereignet. Der Lieferungsverband hat es fertig gebracht, mehreren Kriegsfamilien von der Unterstützung monatlich 10 Mk. in Ab-zug zu bringen, weil diese Familien fünf Monate hindurch auch

vom Unternehmer eine Unterstützung erhalten haben. Das Fürst-lich Schaumburg-Lippe'sche Ministerium hat das Vorgehen gebilligt. Gegenüber einer solchen Praxis müßte die Reichsregierung ein-greifen.

Die Anträge zur Reichsversicherungsordnung habe die Regie-rung akzeptiert; nur bezüglich des Antrages 286 zu § 214 R. V. D. scheinen noch Bedenken zu bestehen. Das sei unverstänglich. Hier müßten Änderungen eintreten, damit auch der Soldat, der inner-halb der ersten drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Beschäf-tigung im feindlichen Auslande erkrankt, Anspruch auf Kranken-unterscheidung habe. Zu § 1300 der R. V. D. ist zu bemerken, daß der Antrag 291 (Stadthagen) der Sachlage nicht gerecht wird. Ich bitte deshalb, unseren Antrag 287 zu § 1300 anzunehmen. Es ist notwendig, auch die Rechte derjenigen sicherzustellen, die bisher infolge des Mangels einer solchen Vorschrift mit ihren An-sprüchen abgewiesen worden sind.

Die Anordnungen der Generalkommandos waren in vielen Fällen sehr vernünftig, andere Anordnungen fordern aber zur Kritik heraus, und dazu gehört der Sparzwang, besonders wie ihn die Generalkommandos in Berlin und Hannover erlassen ha-ben. Nicht genug damit, hat man im Bezirk des 10. Armeekorps auch noch die Freizügigkeit aufgehoben. So darf ein junger Arbeiter, der in Harburg wohnt, nicht in Hamburg Arbeit nehmen, ohne die Erlaubnis vom Generalkommando in Hannover eingeholt zu haben. — In Braunschweig ist es dieserhalb zu einer Revolte gekommen. Dann erst hat der General diese Verfügung ausge-hoben. Wie soll ein Jugendlicher mit 16—18 Mk. pro Woche aus-kommen? In den meisten Fällen unterstützen die Jugendlichen ihre Eltern und jüngeren Geschwister. Deshalb muß der Spar-zwang allgemein beseitigt werden.

Abg. Goch ein hält gegenwärtig die Verwendung von Frauen und Jugendlichen in der schweren Eisenindustrie und die Wiedereinführung der Sonntagsruhe für geboten. Auf die Frauenarbeit in dieser Industrie werde man nach dem Kriege nicht verzichten können. Daß die Unterstützungen der Kriegsfamilien nicht mehr ausreichen, steht fest. — Direktor Lewald erklärt, daß bei der Bemessung der Unterstützung der Kriegsfamilien weit-herzig verfahren werden soll. Zuschüsse der Unternehmer dürfen auf die Reichsunterstützung nicht angerechnet werden, aber es läßt sich nichts dagegen machen, daß die Lieferungsverbände diese Zu-schüsse berücksichtigen. Pfändbar sind diese Bezüge nicht. Wenn die Lieferungsverbände statt Geld Nahrungsmittel liefern, so ist dagegen nichts einzuwenden. — Abg. Stadthagen (Soz. Arb.) bestreitet, daß das Belagerungsge-setz den Generalen das Recht gibt, den Sparzwang anzuordnen. Kommt es dieserhalb zu unliebsamen Vorwürfen, dann trifft die Schuld nur die Generale, die ungeschickliche Bestimmungen erlassen haben. Der Sparzwang verstößt gegen das bürgerliche Gesetzbuch, das ausdrücklich bestimmt, daß der Lohn bar zu zahlen ist. Diese rechtswidrige Anordnung muß sofort beseitigt werden. Redner legt dann dar, daß Zuschüsse von Unternehmern an Kriegs-erfamilien auf keinen Fall angerechnet werden dürfen, auch nicht von den Gemeinden. In Breslau hat man sogar versucht, eine Kriegsertrau zu bestrafen, weil sie ihr Kind deshalb nicht in die Schule schicken konnte, weil es keine Schuhe hatte. Hier wäre es die Pflicht der Gemeinde gewesen, für Schuhe zu sorgen. Stadt-hagen begründet dann einen von ihm gestellten Antrag, dem § 1300 der R. V. D. folgenden Zusatz zu geben: „Diese Vorschrift findet auf den Anspruch der Witwen von Kriegsteilnehmern keine Anwendung. Für den Anspruch von Kriegserwitwen auf das Wittwengeld beginnt die Verjährungsfrist mit der Aufhebung des Kriegszustandes.“

Abg. Gieschel (Soz.) tritt lebhaft für eine weitere Er-höhung der Unterstützung der Kriegsfamilien ein. Das Reichs-amt des Innern solle auch auf die Unternehmer einwirken, daß sie die einmal zugesagten Zuschüsse an die Familien ihrer Arbeiter nicht zurückziehen. Die Jugendlichen müssen unter allen Umstän-den vor Überanstrengung in der Industrie geschützt werden. Die Beschäftigung der Frauen in der schweren Industrie hat schon jetzt zu Schädigungen der bedenklichsten Art geführt. Redner geht dann noch einmal auf den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion ein, dem § 1300 der R. V. D. folgenden Zusatz zu geben: „Während der Dauer des Krieges und des ersten Jahres nach Friedens-schluß beginnt die Frist, falls infolge des Krieges der Tod des Ehemannes nicht festgestellt werden konnte, mit dem Tage, an welchem der Witwe der Tod des Ehemannes auf dem Dienstwege bekanntgegeben ist.“ Weiter vertrat Gieschel den Antrag, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Möglichkeit zu ge-ben, auch Mittel aufzuwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Verunsicherungen unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzu-führen.

Unterstaatssekretär Caspar teilt mit, daß die Reichsamt für Angestellte bereits große Summen für allgemeine Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Die Anrechnung der Kriegszeit als Bei-tragsmonate bedeutet eine große Befreiung. Aber es sei nicht tadellos, eine Art Stellenlosigkeit-Vorsorge zu schaffen. — Unter-staatssekretär Richter versichert, daß man sich im Reichsamt des Innern dauernd mit den schwebenden sozialen Fragen befaßt. Die Beseitigung der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen ist nicht möglich. Dagegen will man für die Einhaltung der Sonntagsruhe eintreten. — Abg. Schmidt-Meiß (Soz.): Die sozialdemokratischen Anträge wollen nicht einfach die Beseitigung der Frauenarbeit, sondern ihre Einschränkung auf ein gebotenes Maß. Die Fürsorge für die Kriegsfamilien ist vielfach ganz unzureichend. Das liegt daran, daß viele Gemeinden keine Mit-tel haben. Vielfach will man durch niedrige Unterstützung Frauen, die früher nicht auf Arbeit gehen mußten, zur Arbeit zwingen. Den bestehenden Mängeln will der sozialdemokratische Antrag abhelfen. Die Höhe der Unterstützung muß sich nach dem Existenz-minimum richten. Man überseht immer ganz, daß die Lebens-mittel im Preise enorm gestiegen sind. Die Zuschüsse des Reiches belaufen sich jetzt auf 20 Millionen Mark, aber die Zahl der zu unterstützenden Familien nimmt dauernd zu, so daß auf die ein-zelne Familie kein höherer Betrag entfällt. In Sachsen kommt es vor, daß österrische Staatsangehörige ausgewiesen werden, weil sie jetzt öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen. — Giesel fragt noch an, ob die Frage erwogen worden sei, die Dauer der gewerblichen Schutzrechte der Patentinhaber um die Dauer der Kriegszeit zu verlängern. — Von einem Regierungs-vertreter wird geantwortet, diese Frage sei verneint worden; ein großer Teil der Patente habe während der Kriegszeit großen Nutzen abgeworfen, daher sei ein solcher Schutz über die gesetzliche Frist hinaus nicht berechtigt. Es sei auch nicht möglich, Unter-schiede zu machen. Ueberdies ließe das sehr wichtige Bewertungs-recht der Industrie es nicht zu, die Patente nach Ablauf der gesetz-lichen Schutzzeit noch zu verlängern.

Aus Nah und Fern.

Über 100 Zentner Schinken und Fleisch gekamert. Die städtische Polizei in Köln hielt in zahlreichen Geschäften Durch-suchungen nach Fleischvorräten ab. Dabei wurden bei dem Groß-schlachter Sommer über 10000 Pfund Schinken, Speck, Rindfleisch, und Wurstwaren vorgefunden, teil-weise schon in Fäulnis übergegangen. Es stellte sich heraus, daß Sommer gewaltige Mengen Fleisch nach anderen Städten zu hohen Preisen abgeführt hatte. Die Polizei beschlagnahmte das unverdorbene Fleisch und führte es dem Schlachthof zu, wo es sofort verkauft wurde. Gegen Sommer, dessen Geschäft ge-schlossen wurde, wurde Anklage erhoben. Es wird immer schlimmer mit den schuftigen Kammerern.

Gegen den Lebensmittelwucher. Das Polizeipräsidium in Berlin teilt mit: Bei sämtlichen Schlachtern und Fleischwaren-händlern des Landespoliciebezirks Berlin wurde zwecks Fest-stellung von Zurückhaltung eine eingehende Durchsuchung der Ladens-, Lager- und sonstigen Räume der Ge-schäftsinhaber angeordnet. Durch diese Maßregel wird jede unzu-reichende Zurückhaltung der Fleischwaren mit Sicherheit ausge-schlossen. — Die „Tagl. Rundschau“ fragt: ob es billig und auch nur erträglich sei, daß die Fleischräuber damit davorkommen, daß ihnen die für den Betrieb ihres Wuchers hinterzogene Ware nun unter dem ordnungsgemäßen Schutze der Polizei zu Höchstpreisen verkauft wird, die ihnen immer noch einen sehr gediegenen Profit an dem Verkauf sichert. Schleunigt sollte die Möglichkeit gehei-ßet werden, um diese Herrschaften aufs empfindlichste am Geld-beutel und an der Ehre zu strafen. Man habe ihnen jetzt genug verziehen. Dem bis aufs äußerste empörten öffentlichen Gewissen könne nur noch eines einigermaßen Genüge tun: Nichtsdestowenig: Ausbrennen dieses ekelhaften Geschwürs am Leibe der Nation. Auch die Berl. Renzt. Nachr. fordern Zucht- und Ehren-strafen. Nach der „Deutschen Tageszeit.“ haben vorgeordnete Fleischverräter, Konjoren usw. in letzter Zeit ihrer Fleißer-fähigkeit und sechs mal gewechselt, ohne den Lagerplatz ge-wechselt zu haben. Lediglich der Preis dieser Waren habe sich ge-doubelt, und zwar ganz erheblich.

Der Werwolf.

Roman von Willibald Alexis (W. Hering).

68. Fortsetzung.

„Woher weiß man das? Wer weiß es? — Ungeheimes Wahrheits.“

„Es war längst auffällig bemerkt worden, daß die durch-laudigte Frau früher als gewöhnlich ihr Gefinde des Abends entließ, angebend, daß sie durch die letzten Ereignisse mehr als gewöhnlich erschöpft sei und der Ruhe bedürfte.“

„Und so ist es. Der Besuch ihres Bruders, meines unglück-lichen Schwagers von Dänemark, hat ihr viel Herzeleid gebracht. Sie ist eine unglückliche Frau, der meine Leute allen Respekt schuldig sind, die man nicht mit ungegründetem und gehässigem Verdacht beschuldigen soll. Das ist mein Wille. Weiter!“

„Der Schlosshauptmann von Zossen berichtet, daß sich eckliche Juden aus der Lausitz.“

„Wer berichtete.“

„Der Schlosshauptmann von Zossen.“

„Nein, wegen der Kurfürstin — der treue und stille Diener?“

„Es ist unser Prior der schwarzen Brüder, dem das Umsch-reifen der Kellerei keine Nacht Ruhe gönnt, der, voll Angst wegen des Uebels, sein Aug' und Ohr überall hat.“

„Herans mit der Sprache! das lange Hinzergen ist ein schlechtes Mittel, unsere Geduld zu spannen und unsern Zorn zu reizen. Ich will alles wissen. Wie kam denn der Prior dahinter?“

„In der kurfürstlichen Kellerei war es auffällig bemerkt wor-den, daß im Hofhalt der durchlauchtigsten Frau weit mehr Del-verbraucht wurde, als sonst; auch deutete manches im Zustande der Zimmer den Lakaien darauf, daß die Herrschaften länger als gewöhnlich in die Nacht hinein aufbleiben mußten. Dies ver-anlaßte einen — Betanten des Priors, da man sich nicht unter-stand, anzufragen, und, wie ich schon bemerkt, auch das anseheinend frühe Zubettgehen auffällig war, sich in der Stille anzusehen. Ich wage zu bemerken, daß auch in letzter Zeit die durchlauchtigste Frau sich später als gewöhnlich aus ihrer Ruhe erhaben, so daß sie bis-weisen, wie meinem Fürsten bekannt, die Messe veräumt. Da bemerkte man, daß oft noch am Mitternacht ein heller Streifen durch die Ritzen der Türen auf die Hofmauer drüben fiel; auch aus den Türspalten drang ein Schein auf die Korridore.“

„Und Ihr leidet Eure Spürhunde an die Türen und sieht sie hoch, lauscht an dem Gemach meiner Gemahlin! Bei den ehernen Flammen, wer hat's Euch erlaubt! Ich will es ihnen

gedenken, daß sie sich in die Heimlichkeiten meines Hauses mischen.“

„Sie haben nichts gehört, als das Vorlesen des Neuen Testaments.“

„Und wenn es Euch, wenn es dem Prior und den Seinen ein-fiele um meine Rechtsläubigkeit besorgt zu sein, wenn Ihr Eure Rückenmägde und Kellereidienste die Ohren an meine Schwelle legen ließe!“

„An des Gesalbten des Herrn!“

„Spürhunde will ich nicht, wie oft hab' ich's ihnen gesagt! Ich hasse, ich verabscheue das Spionierwesen, wo, gegen wen es auch angewandt werde. Jagt sie aus dem Hause, daß ich keinen zu Gesicht bekomme, daß ich nie wieder etwas davon er-fahre.“

Der Propst verbeugte sich. „Soll vielleicht der Schuldige aus-gemittelt werden, ich meine, der sich erdreistet hat —“

„Ich will nichts mehr davon hören!“ rief Joachim auf-springend.

„Ich hätte sonst vorgeschlagen, ihn öffentlich auspeitschen zu lassen.“

„Kein Wort mehr davon, darüber mag Gras wachsen. Und dann — es ist ja Wahrheit.“

„Ich erstarre in Ehrfurcht.“

„Laßt die unglückliche Frau. Der Herr wird sich ihrer Ver-tümer erbarmen. Ihr Geist begreift das nicht. Ein Bänder tappt umher; nur was er mit den Händen faßt, daran klammert er sich. Die Kinder sind meine Kinder, wenn sie der Mutterzucht entwachsen.“

„Wird des Vaters Geist sie zum wahren Lichte führen.“

„Der Kurfürst trat einen Schritt näher an den Propst: „Ver-steht mich wohl, so mag es bleiben für dieses Mal. Die arme Frau mag zehren an dem Wittenberger Brei, es ist für ihren schwachen Magen; schmelzen methalb darin, wie jene Säuger vor-hin, bis sie satt ist. Ich gönne ihr das Labial. Niemand soll ihr Gewissen belästigen, sie soll ihre Meinung wie jeder frei haben. Aber, dabei hat es kein Schwenden, Propst! Opinieren aber keine Akkus. Verstehet Ihr mich, wir ignorieren alles, so lange es im stillen geschieht.“

„Ich werde dem Prior einen Wink geben, daß er nichts sehen soll.“

„Nichts! das ist zu wenig. Wenn sie sich mehr unterzungen sollte — das muß ich wissen.“

„Ein Regent muß das wissen.“

„Das muß ich erfahren. Das ist die Pflicht meiner Diener.“

„Euer Durchlaucht werden gnädigst denjenigen erweisen, von welchem es ihm gemeldet ist.“

„Weiß ich, wer es zuerst erfährt!“

„Gnädigster Herr, wer von uns allen soll es überhaupt in Erfahrung bringen! Geheißt, daß die durchlauchtigste Frau mit den sogenannten Reformatoren in Wittenberg Briefe wechselte, was gewiß nur ein böswillig Gerücht ist, so würde das zweifels-ohne doch nur heimlich geschehen; man könnte also auch dahinter kommen, indem man sich eines solchen Briefes be-mächtigte.“

„Das soll nicht geschehen.“

„Und wer erfachte sich einer solchen Tat gegen den Willen meines Herrn! Aber wie sollen wir Beweise sammeln?“

„Das ist Eure Sache! Was quält Ihr mich mit solchen Erbärmlichkeiten! Genug, ich muß es wissen. Soll ein Regent, dessen Gedanken auf das Ganze gerichtet sind, mit allem Wust und Kram des Keinen Dienites sich beschäftigen? Ich will auch davon nichts mehr hören. Weiter! Du hast noch viel vorzutragen.“

„Dies geht ad acta.“

„Barum? Ich muß von allem Rechenschaft haben.“

„Nur die Kopie eines Briefes unseres Kardinals in Rom an unsern Geschäftsführer.“

„Des Kardinals! Und du lächelst so verächtlich?“

„Nur eine Notiz; daß die Appellation unseres würdigen Hof-predigers Mustulus abgewiesen ist. Der heilige Vater findet sich nicht genügt, gegen das Gutachten der Frankfurter Fakultät, unsern Doktor die Erlaubnis zu seiner bekannten Predigt gegen den Hofentwurf zu erteilen.“

Auch Joachim lächelte wieder, indem er seine Finger vor den Augen spielen ließ. „Der arme Mustulus! Er tut mir eigentlich leid. Wer überall den Teufel sehen muß, suche ihn doch manchmal in jeder Pluderhoje. Er steckt dann wenigstens die Nase nicht in Dinge, die ihn nichts angehen.“

„Man will behaupten, obgleich ich vorausschide, daß ich nichts davon weiß, noch es glaube, aber man meint, daß Mustulus in einigen Glaubenssätzen schwankt.“

„Hast du auch Lust, Hofprediger zu werden!“ unterbrach ihn der Fürst.

„Da mein Kurfürst —“

„Die zur Legation an den Kaiser bestimmt hat, steigt denn Ehrgeiz über die bescheidene Hofpredigerstelle hinweg.“

„Mustulus, er ist mein Freund, aber von Einfluß auf die Kurfürstin.“

„Ich bin nicht eifersüchtig.“

„Die Zurückweisung aus Rom —“

„Wird ihn vielleicht den Teufel unter der Tiara suchen lassen, weil die Tiara ihm verbot, ihn in unsern Höfen zu suchen. Wo-er in äußers Weise einfallen; er ist darum nicht außer-Weiter!“

